



Kantonsratsbeschluss

betreffend Ablösung des NOK-Gründungsvertrags durch einen Aktionärbindungsvertrag der Aktionäre der Axpo Holding AG

Bericht und Antrag des Regierungsrats
vom 17. September 2019

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. Mai 2019 hat der Regierungsrat den Kantonsrat informiert, dass seit rund zweieinhalb Jahren intensive Verhandlungen unter den Eigentümern der Axpo Holding AG über die Ablösung des NOK-Gründungsvertrags durch einen Aktionärbindungsvertrag und eine Eignerstrategie im Gang sind. Der Aktionärbindungsvertrag wird dem Kantonsrat zur Genehmigung vorgelegt. Wir gliedern unseren Bericht wie folgt:

1. In Kürze
2. Ausgangslage
3. Gründe für die Ablösung
4. Ziele der Ablösung
5. Vernehmlassung / Einbezug der Konkordatskommission
6. Aktionärbindungsvertrag (ABV)
7. Weitere Dokumente: Eignerstrategie
8. Weitere Dokumente: Statuten
9. Finanzielle Auswirkungen
10. Zeitplan
11. Antrag

1. In Kürze

Der NOK-Gründungsvertrag aus dem Jahr 1914 ist nur noch beschränkt umsetzbar. Mit einem neuen Aktionärbindungsvertrag wollen die Kantone und Kantonswerke die Axpo Holding AG in einem dynamischen Umfeld stärken. Der Kanton Zug hält einen Anteil von rund 0,9 Prozent und ist damit der kleinste Aktionär. Das neue Vertragswerk sichert die Minderheitsrechte der Kleinaktionäre, sodass gegenüber dem NOK-Gründungsvertrag keine Nachteile entstehen. Die Ablösung soll per 1. Januar 2021 erfolgen, kommt jedoch nur dann zustande, wenn alle Eigner zustimmen.

2. Ausgangslage

Die frühere Nordostschweizer Kraftwerke (NOK) bzw. die heutige Axpo Holding AG mit ihren Tochtergesellschaften (nachfolgend Axpo) und die Kantonswerke haben über hundert Jahre lang für eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung in der Nordostschweiz gesorgt und tun dies auch heute noch. Bis vor einigen Jahren war die Schweizer Stromversorgung ein Monopolbereich mit acht regionalen Regelzonen. Das Versorgungsgebiet der heute in den Axpo-Konzern eingegliederten NOK in der Ostschweiz war in einer Regelzone zusammengefasst. Das Stromnetz gehörte der Axpo beziehungsweise den angeschlossenen Kantons- und Gemeindewerken. Sie waren für die Stromtarife und die sichere Versorgung verantwortlich. Mit dem Stromversorgungsgesetz vom 23. März 2007 hat sich der nationale Strommarkt grundlegend geändert. Heute ist der Markt teilliberalisiert. Die acht Regelzonen wurden im Jahr 2009 durch eine schweizerische Regelzone abgelöst. Für deren diskriminierungsfreien, zuverlässi-

gen und leistungsfähigen Betrieb ist die nationale Netzgesellschaft Swissgrid AG zuständig. Nach über hundert Jahren ist der NOK-Gründungsvertrag in praktisch allen Bestimmungen überholt bzw. nicht mehr oder nur noch bedingt anwendbar.

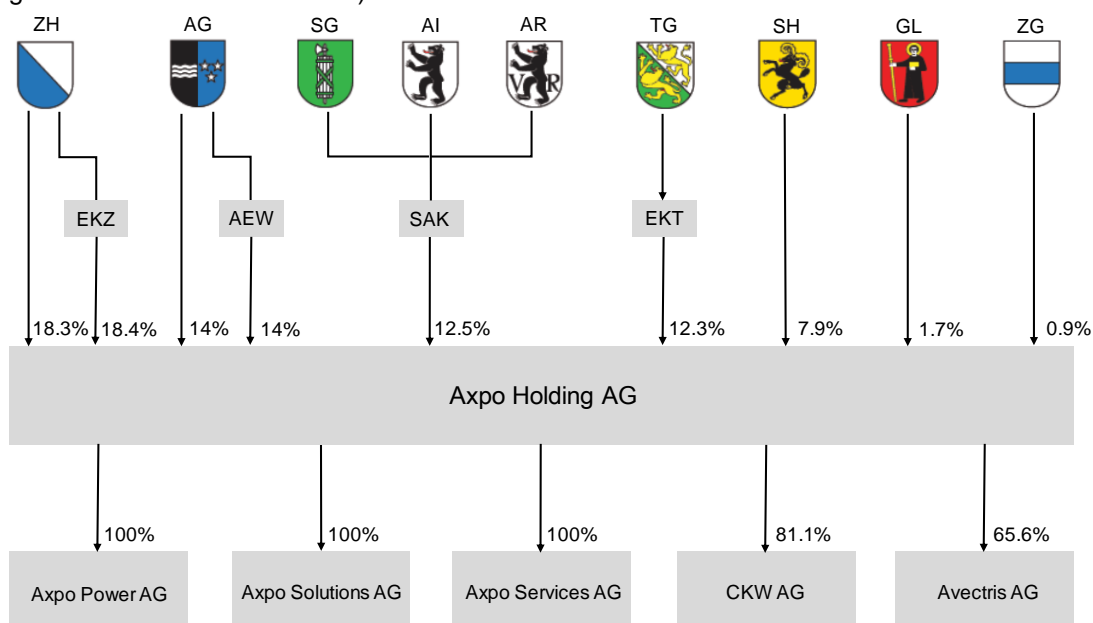
Die Axpo hat im Gegensatz zu den meisten Schweizer Stromunternehmen fast keine gebundenen Kundinnen und Kunden, denen sie den Strom zu Gestehungskosten verrechnen kann. Sie muss nahezu den gesamten erzeugten Strom im Markt absetzen. Als Folge der tiefen Strompreise musste die Axpo in den Jahren 2013 bis 2016 hohe Wertberichtigungen auf ihren Kraftwerken vornehmen. Es resultierten negative Geschäftsergebnisse mit einem kumulierten Verlust von rund 3,0 Milliarden Franken. Der Verwaltungsrat der Axpo präsentierte deshalb im Dezember 2016 seine Strategie zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Konzerns:

- Die Kernenergie und weitere Anlagen (Gaskraftwerke, einige Wasserkraftwerke) sollen in der gut kapitalisierten Tochterfirma «Axpo Power AG» zusammengefasst werden.
- Die Kompetenzen in den Wachstumsfeldern erneuerbare Energien und internationales Kundengeschäft sollen zusammen mit den Stromnetzen, Teilen der Wasserkraft und der Asset-Vermarktung in der neuen Tochterfirma «Axpo Solutions AG» gebündelt werden.

Das Kapital für die Wachstums-Strategie soll nicht nur von der Axpo, sondern ab 2019 auch von neuen Minderheits-Investoren kommen.

Im September 2017 gab der Verwaltungsrat bekannt, dass dank der operativen Fortschritte und verbesserter Ertragsaussichten ab 2020 – infolge erwarteter höherer Strompreise – die angekündigte strategische Neuausrichtung der Gruppe aus eigener Kraft finanziert werden könne. Die Bündelung der Wachstumsfelder in der eigenen Einheit «Axpo Solutions AG» solle aber so fortgesetzt und vorbereitet werden, dass bei einer Verschlechterung des Umfelds innert Jahresfrist der Gang an den Kapitalmarkt möglich wäre. Damit sichert sich die Axpo die strategische Flexibilität, um schnell auf neue Marktsituationen reagieren zu können. In den Geschäftsjahren 2016/17 und 2017/18 erzielte die Axpo positive Unternehmensergebnisse von 310 bzw. 131 Millionen Franken.

Die folgende Abbildung zeigt die Struktur des Axpo-Konzerns (Stand 30. September 2018; mit gerundeten Prozentanteilen):



2.1. Projekt Eigentümerinteressen der Aktionäre der Axpo Holding

Im Juni 2016 nahmen die Kantone Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau, Zürich und Zug ein Projekt in Angriff mit dem Ziel, gemeinsam die Schlüsse aus den Entwicklungen der letzten Jahre zu ziehen und die Eigentümerinteressen zu klären. Im Laufe des Projekts wurden die Axpo selbst und die weiteren Aktionäre eingebunden, also die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ), die Kantonswerke AEW Energie AG (AEW), die SAK Holding AG (SAK) und die EKT Holding AG (EKT).

Die Projektorganisation umfasste das politische Gremium (Entscheidungsgremium) und die fachtechnische Arbeitsgruppe. Die Federführung wurde von den Kantonen AG und ZH übernommen. Für den Kanton Zug waren Finanzdirektor Heinz Tännler sowie der seinerzeitige Baudirektor Urs Hürlimann im politischen Gremium vertreten. Der frühere Nationalrat und Energieexperte Hajo Leutenegger vertrat den Kanton Zug in der fachtechnischen Arbeitsgruppe.

Zwei wichtige Schritte wurden bereits abgeschlossen:

- Erstens wurde in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat der Axpo Holding die Entpolitisierung und Verkleinerung des Verwaltungsrats vorbereitet und mit den Erneuerungswahlen des Verwaltungsrats an den Generalversammlungen vom 10. März 2017 und vom 19. Januar 2018 umgesetzt.
- Zweitens findet seit Januar 2018 zweimal jährlich ein Informationsaustausch zwischen der Axpo und den Aktionären statt, damit die Aktionäre weiterhin adäquat über ihre Beteiligung informiert werden, auch wenn sie nicht mehr direkt mit eigenen Vertretern der Regierungen bzw. der Kantonswerke im Verwaltungsrat vertreten sind.

Ein weiteres Teilprojekt betrifft den sogenannten NOK-Gründungsvertrag von 1914. Der Vertrag ist nach über hundert Jahren in praktisch allen Bestimmungen überholt bzw. nicht mehr oder nur noch bedingt anwendbar. Es handelt sich dabei um einen interkantonalen Vertrag (Konkordat). Für seine Auflösung ist die Zustimmung aller Vertragskantone (AG, GL, SH, TG, ZH und ZG) erforderlich. Im Kanton Zug ist dafür ein Kantonsratsbeschluss notwendig, der dem fakultativen Referendum untersteht.

3. Gründe für die Ablösung

Der NOK-Gründungsvertrag soll aus folgenden Gründen abgelöst werden:

3.1. Veränderte Rahmenbedingungen

Mit dem Stromversorgungsgesetz vom 23. März 2007 (SR 734.7) haben sich die Aufgaben bei der schweizerischen Stromversorgung grundlegend geändert. Die regionalen Regelzonen wurden durch eine nationale Zone abgelöst. Für den diskriminierungsfreien, zuverlässigen und leistungsfähigen Betrieb des Übertragungsnetzes ist seit 2009 die Swissgrid AG zuständig. Anfang 2013 wurde ihr auch das Eigentum am Stromübertragungsnetz und damit die Verantwortung für Unterhalt, Erneuerung und Ausbau übertragen. Weiter wurde auf Anfang 2009 der Strommarkt in der Schweiz teilweise geöffnet. Dadurch haben sich die Rahmenbedingungen für die Axpo wie auch für die Kantonswerke wesentlich verändert. Die regionale Ausrichtung hat an Bedeutung verloren. Die Möglichkeiten der Einflussnahme der Kantone auf die Versorgungssicherheit (über die Axpo-Beteiligung) haben sich gegenüber früher verringert. Die bisherige Aufgabenteilung zwischen der Axpo und den Kantonswerken ist nicht mehr in allen Teilen umsetzbar. Sie sind in einzelnen Geschäftsfeldern teilweise sogar zu Konkurrenten geworden. Nach über hundert Jahren ist der NOK-Gründungsvertrag in praktisch allen Bestimmungen überholt bzw. nicht mehr oder nur noch bedingt anwendbar.

3.2. Verändertes Verhältnis zwischen Kantonswerken und Axpo

Mit der Teilliberalisierung des schweizerischen Strommarktes hat sich auch das Verhältnis zwischen den Kantonswerken und der Axpo geändert. Die Axpo und die Kantonswerke treten heute bereits teilweise bei der Versorgung von Grosskunden als Konkurrenten auf. Mit der freien Lieferantenwahl für Elektrizitätsversorgungsunternehmen (Gemeindewerke, Kantonswerke, usw.) und Endverbraucher mit Jahresverbrauch ab 100 MWh hat der NOK-Gründungsvertrag an Bedeutung verloren.

3.3. Zu starre Vorgaben zur Aktionärsstruktur

Die weitgehenden Veräusserungsbeschränkungen für die Aktien verhindert die Beteiligung weiterer Aktionäre und erschwert Aktienverkäufe der bisherigen Aktionäre. Im heutigen Marktumfeld muss es unter bestimmten, festzulegenden Voraussetzungen (Verkaufsbeschränkungen, Vorhandrechte) möglich sein, Kooperationen einzugehen bzw. ggf. neue Aktionäre (bspw. andere Kantone oder Kantonswerke) aufzunehmen durch eine Kapitalerhöhung oder den Verkauf von Aktien.

3.4. Vertragspartner nicht mehr adäquat

Die Vertragspartner des NOK-Gründungsvertrags (Vertragskantone) sind nicht mit dem Aktionariat identisch (zum Teil Vertragskantone, zum Teil Kantonswerke; SAK als «interkantonales» Werk). In der heutigen Strommarktordnung ist eine Überführung in einen Aktionärbindungsvertrag (ABV) mit allen Aktionären sinnvoll.

3.5. Fehlende Kündigungsklausel

Der NOK-Gründungsvertrag enthält keine Kündigungsklausel. In einem zeitgemässen zukünftigen Vertrag sollte jedem Vertragspartner die Möglichkeit gegeben werden, den Vertrag innert angemessener Frist kündigen zu können.

4. Ziele der Ablösung

Der NOK-Gründungsvertrag soll durch einen unter allen Aktionären abgeschlossenen, zeitgemässen und flexibleren ABV (siehe Kapitel 6) sowie eine Eignerstrategie (siehe Kapitel 7) abgelöst werden. Gleichzeitig sollen die Statuten der Axpo Holding überarbeitet werden (siehe Kapitel 8).

Bei der Erarbeitung des ABV standen insbesondere folgende Ziele im Zentrum:

4.1. Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit

Mit der Einführung des Stromversorgungsgesetzes im Jahr 2007 haben sich die Möglichkeiten der Einflussnahme der Kantone auf die Versorgungssicherheit über die Axpo-Beteiligung gegenüber früher deutlich verringert. Daraus könnte abgeleitet werden, dass die Kantone und die Kantonswerke nicht mehr zwingend an ihren Beteiligungen festhalten müssen, was seinerzeit im Sinne des Gründungsvertrags war. Weil der Strukturwandel in der Branche noch nicht abgeschlossen ist, wollen die Kantone zusammen mit den Kantonswerken aber weiterhin einen Beitrag für die Versorgungssicherheit in der Schweiz leisten. Denn diese ist für Gesellschaft und Wirtschaft von zentraler Bedeutung.

Voraussetzung für eine sichere Stromversorgung ist eine gut ausgebaute und unterhaltene Netzinfrastruktur. Auf der Erzeugungsseite kommt der Wasserkraft in der Schweiz mit dem schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie eine noch grössere Bedeutung zu. Deshalb wollen Kantone und Kantonswerke sicherstellen, dass die gehaltenen Anteile an Stromnetzen und

Wasserkraft mehrheitlich in direktem oder indirektem Eigentum der öffentlichen Hand verbleiben.

Die politische Beurteilung, inwieweit die Kantone noch einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten müssen oder wollen, fällt unterschiedlich aus. Einzelne Aktionäre wünschen längerfristig die Möglichkeit, ihre Anteile vollständig verkaufen zu können. Für andere stellt ihre Beteiligung weiterhin ein Instrument für die Versorgungssicherheit dar. Die vorbereitenden Gremien konnten sich auf einen Kompromiss einigen. Dieser sieht vor, dass während einer «Lock-up Periode» eine Veräusserung von Anteilen an Dritte nicht möglich ist. Längerfristig wird aber die Möglichkeit geschaffen, dass Kantone und Kantonswerke einen Teil ihrer Beteiligung verkaufen können.

4.2. Stärkung des Axpo-Konzerns in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld

Als Produzentin ohne gebundene Endkundinnen und Endkunden (mit Ausnahme der Tochtergesellschaft CKW) war der Axpo-Konzern in den letzten Jahren mit tiefen Strompreisen besonders gefordert, da er einen Grossteil seines Stromes nicht zu Gestehungskosten verrechnen konnte. Weil die Strombranche kapitalintensiv ist, kann der Axpo-Konzern am Kapitalmarkt davon profitieren, dass er im Eigentum der öffentlichen Hand liegt. Mit einem klaren Bekenntnis zur Axpo-Beteiligung helfen die Eigentümer dem Unternehmen, die wirtschaftlich schwierige Lage besser zu bewältigen.

4.3. Wahrung der finanziellen Interessen der Kantone

Die Axpo-Beteiligung stellt für die Kantone und die Kantonswerke eine wertvolle Beteiligung dar. Von der wirtschaftlichen Erholung des Unternehmens können auch die Eigentümer profitieren. Die Eigentümer erwarten eine marktübliche Dividende, welche aber dem Unternehmen genügend Spielraum für die weitere Entwicklung sowie die notwendigen Investitionen in Netze und Produktion lässt.

4.4. Optimierung der Zusammenarbeit mit den Kantonswerken

Mit der Marktöffnung hat sich die Aufgabenteilung zwischen Axpo-Konzern und den Kantonswerken verändert. Teilweise sind sie sogar zu Konkurrenten geworden. Doppelspurigkeiten sind so weit möglich zu vermeiden. Deshalb sollen Synergien zwischen den Kantonswerken und dem Axpo-Konzern im gesetzlich erlaubten Rahmen genutzt werden, beispielsweise im Bereich der Stromvermarktung; hier können mögliche Optimierungspotenziale erschlossen werden.

4.5. Einflussnahme der Eigner auf die Axpo-Beteiligung

Der Verwaltungsrat der Axpo Holding wurde verkleinert und entpolitisiert. Dadurch ist der Informationsfluss zwischen Aktionären (Kantone und Kantonswerke) und Unternehmen auf eine neue Grundlage zu stellen.

5. Vernehmlassung / Einbezug der Konkordatskommission

Das Projekt wurde durch das politische Gremium am 16. September 2016 mit der Genehmigung des von der fachtechnischen Arbeitsgruppe ausgearbeiteten Projektauftrags ausgelöst. Zu den ersten Entwürfen für das neue Vertragswerk wurden im Sommer 2017 im Rahmen eines Mitberichtsverfahrens erste grundsätzliche Stellungnahmen der am Projekt Beteiligten eingeholt. Im Anschluss wurden die noch offenen Punkte weitgehend geklärt. Im Sommer 2018 wurde zu den Entwürfen des ABV, der Eignerstrategie und der Statuten eine Vernehmlassung bei den Regierungen und den Verwaltungsräten der involvierten Kantone und Kantonswerke durchgeführt. Der Regierungsrat stimmte dem ABV, der Eignerstrategie und den Statuten zu. In der Arbeitsgruppe, die diese Dokumente vorbereitet hatte, waren der Finanzdirektor und der

Baudirektor des Kantons Zug vertreten. Die in der politischen Gruppe und der fachtechnischen Arbeitsgruppe gestellten Forderungen des Kantons Zug sind eingeflossen. Insbesondere betonte der Regierungsrat das in Ziffer 7.2 ABV statuierte Verkaufsrecht der Kantone Zug und Glarus an die anderen Vertragsparteien während der «Lock-up Periode».

Im Rahmen der Vernehmlassung hat der Regierungsrat die Konkordatskommission konsultiert, die sich wie folgt dazu äusserte:

«Wie im zweistufigen Verfahren üblich, hat die Konkordatskommission an ihrer Sitzung vom 10. September 2018 nicht darüber befunden, ob sie dem Aktionärsbindungsvertrag der Axpo Holding AG zustimmt oder nicht. Dieser Entscheid ist im Rahmen der späteren Beratungen über einen Kantonsratsbeschluss als vorberatende Kommission des Kantonsrats zu fällen. Entsprechend kann aus der vorliegenden Stellungnahme kein Präjudiz zu einem späteren Entscheid der Kommission für oder gegen die Ablösung des NOK-Gründungsvertrags durch einen Aktionärsbindungsvertrag der Axpo Holding AG abgeleitet werden.

Die Konkordatskommission ist im Grundsatz damit einverstanden, dass die aktuelle vertragliche Situation bereinigt wird. Mit diesem grundsätzlichen Einverständnis ist die Erwartung verbunden, dass, falls die Bereinigung wie im aktuellen Entwurf vorgesehen zustande kommt, der Regierungsrat dem Kantonsrat in geeigneter Art und Weise und vor Ablauf der fünfjährigen «Lock-up-Periode» darüber Rechenschaft ablegt, wie es mit der Beteiligung an der Axpo Holding AG weitergehen soll (Verkauf der Beteiligung, Festhalten an der Beteiligung aus strategischen Gründen etc.). Die Kommission erwartet auch, dass der Regierungsrat in seinem allfälligen späteren Bericht und Antrag zur Ablösung des NOK-Gründungsvertrags durch einen Aktionärsbindungsvertrag der Axpo Holding AG auf die an der Sitzung der Kommission vom 10. September 2018 diskutierten Themen vertiefter eingeht. Insbesondere sind auch Ausführungen betreffend die finanziellen Folgen eines Ausstieges aus der Kernenergie zu machen.» Die Konkordatskommission beantragte, in Art. 16 der Statuten die maximale Amtszeit der Mitglieder des Verwaltungsrates auf 10 Jahre zu reduzieren.

In seiner Vernehmlassungsantwort vom 18. September 2018 nahm der Regierungsrat letzteren Antrag der Konkordatskommission auf und begründete ihn damit, dass die Unabhängigkeit eines Verwaltungsrats bei einer Amtszeit von über 10 Jahren nicht mehr gewährleistet sei. Eine ganz wesentliche Voraussetzung für das gute Funktionieren von Verwaltungsräten sei aber deren Unabhängigkeit sowie die Eigenschaft, auch unbequeme Fragen zu stellen und die Geschäftsleitung damit zu fordern. Gerade Betriebsblindheit solle man im Verwaltungsrat vermeiden, und dies sei mit einer geplanten Rotation möglich.

In der endgültigen Fassung der Statuten wurde die maximale Amtszeit tatsächlich reduziert, jedoch nicht auf 10, sondern auf 12 Jahre.

Gemäss Auftrag der Konkordatskommission wird der Regierungsrat den Kantonsrat zu gegebener Zeit über folgende Themen informieren:

- a) Wie geht es weiter mit der Beteiligung des Kantons an der Axpo Holding AG: Verkauf der Beteiligung, Festhalten an der Beteiligung aus strategischen Gründen oder anderes?
- b) Welches sind die finanziellen Folgen eines Ausstieges aus der Kernenergie?

6. Aktionärsbindungsvertrag

Der Aktionärsbindungsvertrag der Aktionäre der Axpo Holding AG (Stand: 20. November 2018, mit formalen Ergänzungen vom 23. Januar 2019) findet sich in der Beilage der Vorlage Nr. 3011.2 - 16152. Darin werden in einer für die Parteien verbindlichen Weise das Verhältnis der Vertragspartner untereinander sowie die Rechte und Pflichten der Vertragspartner geregelt (z. B. Zusammensetzung Verwaltungsrat, Dividendenpolitik, Veräusserungsverbote, Mindestbe-

teiligungen, Vorhandrechte, Mitverkaufsrechte und -pflichten, Dauer des Vertrags, Kündigungsmöglichkeit).

Der Vertrag ist weitgehend selbsterklärend. Die nachfolgenden Ausführungen betreffen deshalb lediglich einige wenige Ziffern:

Zu Ziffer 7 Veräusserungsverbot:

Die Axpo soll in der aktuellen wirtschaftlichen Lage gestärkt werden. Deshalb und aus Rücksicht auf den politischen Prozess zur Ablösung des NOK-Gründungsvertrags gibt es eine fünfjährige «Lock-up Periode», während der die Aktionäre ihre Anteile an der Axpo Holding zu 100 Prozent halten. Während dieser Lock-up Periode sind nur folgende Geschäfte möglich:

- Aktien-Übertragungen zwischen Kantonen und eigenen Kantonswerken (ohne Vorhandrechte)
- generelle Aktien-Übertragungen zwischen den Aktionären (mit Vorhandrechten, zur Sicherstellung der Gleichberechtigung der Aktionäre und zur Vermeidung unerwünschter Veränderungen der Mehrheitsverhältnisse;

Eine Ausnahme bilden Zug und Glarus: Da beide Kantone nur geringe Aktienanteile halten und über kein eigenes Kantonswerk verfügen, dürfen sie in der Lock-up Periode ihre Beteiligung ohne Anwendbarkeit des Vorhandrechts an andere Vertragsparteien, also auch an Dritte verkaufen.

Nach Ablauf der Lock-up Periode erhalten die Aktionäre mehr Handlungsspielraum. Sie können ihre Anteile grundsätzlich veräussern. Zur Sicherung, dass die Mehrheit der Gesellschaft in den Händen des bisherigen Aktionariats bleibt, müssen die Parteien aber gemeinsam mindestens 51 Prozent der Aktien an der Gesellschaft halten. Dabei hat jede Partei die Verpflichtung zum Halten der gemeinsamen Mindestbeteiligung proportional zu ihrem am Ende der «Lock-up Periode» bestehenden Aktienanteil (individuelle Mindestbeteiligung). Die Verpflichtung kann nach Ablauf der festen Vertragsdauer von acht Jahren (vgl. Ziffer 14 des ABV) mit einem Quorum von über 50 Prozent und der Zustimmung von mindestens fünf Vertragsparteien abgeändert oder aufgehoben werden. Nach Ablauf der Lock-up Periode sind auch die Kantone Zug und Glarus wieder an die Verpflichtung zur Mindestbeteiligung gebunden und können nur noch den überschüssenden Teil verkaufen.

Zu Ziffer 8 Vorhandrecht:

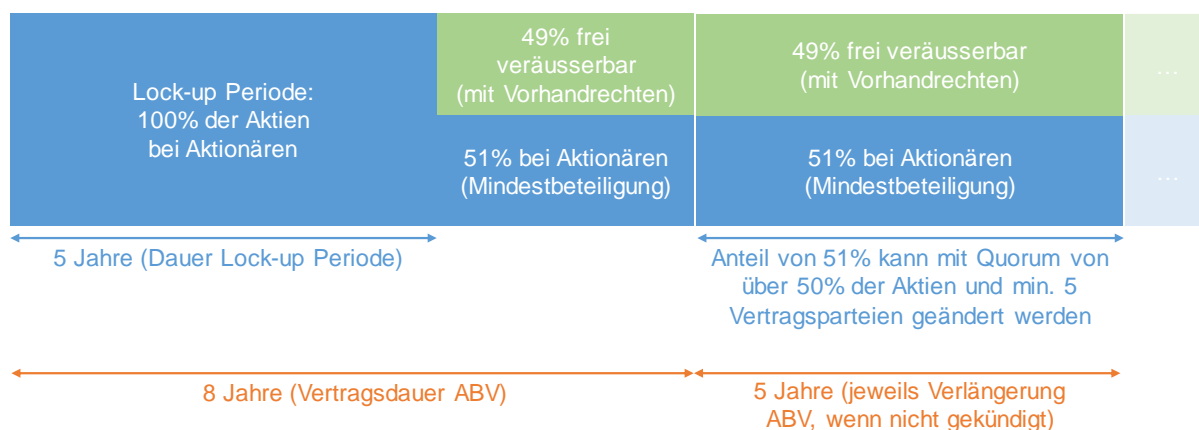
Die Aktionäre erhalten ein Vorhandrecht für die Anteile einer verkaufswilligen Partei. Damit wird sichergestellt, dass Aktionäre ihre Beteiligungen erhöhen können, wenn sie dies für die Versorgungssicherheit oder aus anderen Gründen als erforderlich erachten. Dabei gelten folgende Kriterien und Zielsetzungen:

- Bestehende Aktionäre haben die Möglichkeit, sämtliche Aktien einer veräusserungswilligen Partei zu erwerben und dabei relativ zu ihren Aktienanteilen gleichbehandelt zu werden.
- Veräusserungswillige Parteien haben die Möglichkeit, sämtliche von ihnen zum Verkauf angebotene Aktien zu verkaufen, soweit diese über ihrer individuellen Mindestbeteiligung liegen, d. h. sie bleiben nicht ungewollt auf einem Restbestand an solchen Aktien sitzen.

Zu Ziffer 14 Dauer des Vertrags, Kündigung und Kündigungsfolgen:

Da die Axpo in der aktuellen wirtschaftlichen Lage gestärkt werden soll, wird der ABV für acht Jahre fest abgeschlossen. Wird der Vertrag nicht gekündigt, so verlängert sich die Vertragsdauer um jeweils fünf Jahre.

Nachfolgende Grafik zeigt die Vertragsdauer und die Verkaufsbeschränkungen im ABV:



7. Weitere Dokumente: Eignerstrategie

In der Eignerstrategie der Aktionäre der Axpo Holding AG werden die gemeinsamen strategischen Ziele der Eigner festgelegt, z. B. die unternehmerischen, organisatorischen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen oder Hinweise zu Kooperationen und weiteren Themen, welche eine grössere Flexibilität erfordern. Nachfolgend wird der Inhalt der Eignerstrategie (Stand 20. November 2018) wiedergegeben:

7.1. Präambel

Die vorliegende Eignerstrategie wird von allen Aktionären der Axpo Holding AG (nachfolgend: Aktionäre) zusätzlich zum Aktionärsbindungsvertrag vom 20. November 2018 festgelegt. Die Aktionäre berücksichtigen die unternehmerische Autonomie der Axpo Holding AG und anerkennen als Aktionäre die Entscheidungsfreiheit des Verwaltungsrats in Bezug auf die Unternehmensstrategie. Die Eignerstrategie stellt aber für den Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung eine wichtige und relevante Leitplanke dar und ist zu beachten. Abweichungen sind nur bei entsprechender Notwendigkeit und nach Rücksprache mit den Aktionären möglich. Neben der Festlegung der Eignerstrategie nehmen die Aktionäre die Rechte im Rahmen der aktienrechtlichen Kompetenzen anlässlich der Generalversammlung wahr, insbesondere durch:

- die Festsetzung und Änderung der Statuten;
- die Wahl des Präsidiums und der Mitglieder des Verwaltungsrats;
- die Genehmigung des Lageberichts, der Konzernrechnung und der Jahresrechnung;
- die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats und der mit der Geschäftsführung betrauten Personen;
- die Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes.

Die Aktionäre verpflichten sich, von den Angaben in der Eignerstrategie nur nach sorgfältiger Prüfung, bei entsprechender Notwendigkeit und nach Rücksprache mit dem Verwaltungsrat der Axpo Holding AG abzuweichen. Die Eignerstrategie basiert auf den aktuellen gesetzlichen Grundlagen. Sie bietet Sicherheit für die Anspruchsgruppen der Axpo Holding AG und die Mitarbeitenden in Bezug auf die unternehmerische Ausrichtung. Die Handlungskompetenzen der Axpo Holding AG gewährleisten ein wirtschaftlich erfolgreiches Agieren in den Märkten im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und Leitplanken der Aktionäre.

7.2. Ziele der Eigner

Die Eigner haben sich auf folgende gemeinsamen strategischen Leitsätze für die Axpo Holding AG und ihre Tochtergesellschaften (nachfolgend zusammen: Axpo) verständigt:

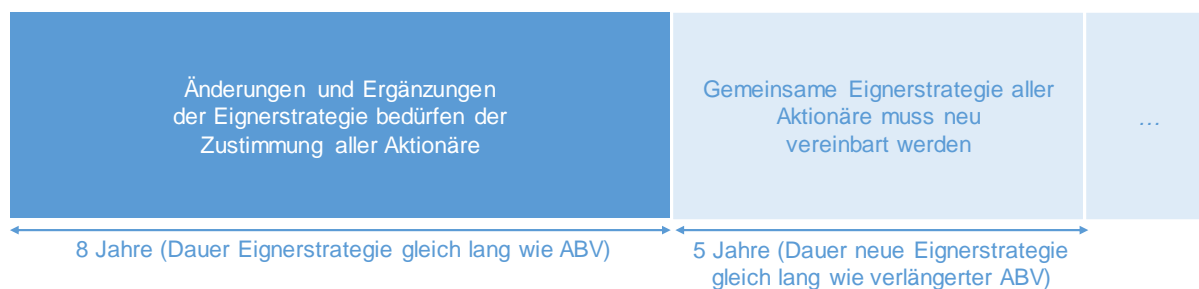
- 1) Die Axpo leistet einen wesentlichen Beitrag zur sicheren, wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Stromversorgung der Schweiz. Die Axpo hat keinen Auftrag zur Versorgung der Axpo-

Kantone mit Elektrizität. Die Energieversorgung generell ist Sache der Energiewirtschaft (vgl. Energiegesetz des Bundes).

- 2) Die von der Axpo gehaltenen Anteile an Netzen und Wasserkraft bleiben mehrheitlich direkt oder indirekt im Eigentum der öffentlichen Hand.
- 3) Die Axpo Holding hält mehr als 50 Prozent des Aktienkapitals der Axpo Solutions AG, der Axpo Power AG, der Centralschweizerischen Kraftwerke AG und vergleichbar bedeutender Tochtergesellschaften.
- 4) Die Axpo behält ihre führende Position als Grossproduzentin in der Schweiz bei, insbesondere bei der Wasserkraft. Investitionen in neue Kraftwerke erfolgen nach Massgabe der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungssicherheit unter Bevorzugung erneuerbarer Energien. Beim Unterhalt der Kraftwerke sorgt Axpo für einen sicheren Betrieb.
- 5) Die Kernkraftwerke mit Axpo-Beteiligung werden solange betrieben, als sie sicher und wirtschaftlich sind. Auf zusätzliche Beteiligungen im Bereich der Kernenergieproduktion ist zu verzichten.
- 6) Die Axpo nutzt bei der Vermarktung von Strom mögliche Optimierungen (Synergien) mit den Kantonswerken und vermeidet Doppelspurigkeiten.
- 7) Bei der Entwicklung und dem Betrieb der Netze stellt die Axpo eine Kooperation mit den Aktionären sicher. Synergien mit den Aktionären werden genutzt.
- 8) Die Axpo wird marktorientiert und gewinnorientiert geführt.
- 9) Die Axpo erwirtschaftet einen Cashflow zur Entrichtung einer marktüblichen Dividende, zur langfristigen Sicherung der Investitionen und zur Rückzahlung von eingegangenen finanziellen Verpflichtungen.
- 10) Die Axpo ist kapitalmarktfähig mit einem Investment Grade Rating.
- 11) Die Axpo stellt ein zweckmässiges Risikomanagement sicher und führt ein internes Kontrollsystem.
- 12) Die Organe der Axpo nehmen bei der Festlegung der Unternehmensstrategie und bei ihrer Umsetzung die soziale Verantwortung in ihrem Umfeld wahr.
- 13) Die Eigner nehmen über die Eignerstrategie, den ABV, die Statuten, das mit der Axpo Holding AG vereinbarte Informationskonzept und durch Wahrnehmung der Aktionärsrechte (Generalversammlung, usw.) Einfluss auf das Unternehmen. Das Informationskonzept stellt sicher, dass die Aktionäre mit den notwendigen Informationen versorgt werden, um die Zielerreichung der Eignerstrategie überprüfen zu können. Die Eigner schalten sich nicht in das operative Geschäft ein.

Die Eignerstrategie tritt mit dem Beschluss der Aktionäre in Kraft und wird für eine feste Dauer von acht Jahren abgeschlossen. Sie wird vom Regierungsrat beschlossen und ist nicht durch den Kantonsrat zu genehmigen. Diese Kompetenz stützt sich auf Ziff. 2.2 des Aktionärsbindungsvertrags, wonach sich die Parteien in einer separaten Vereinbarung gemeinsam auf eine Eignerstrategie betreffend die Gesellschaft verständigen.

Die Eignerstrategie wird regelmässig einer Überprüfung durch die Aktionäre unterzogen. Änderungen und Ergänzungen der Eignerstrategie bedürfen der Zustimmung aller Aktionäre. Die Aktionäre planen vor Ablauf der acht Jahre eine neue gemeinsame Eignerstrategie mit den dann-zumal bestehenden gemeinsamen strategischen Zielen. Nachfolgende Grafik zeigt die Dauer der Eignerstrategie:



8. Weitere Dokumente: Statuten

Bei den Statuten der Axpo Holding wurde insbesondere der Zweckartikel an die heutigen Verhältnisse angepasst. Der Zweck ist – wie zum Beispiel auch bei der BKW und der Alpiq – möglichst offen formuliert. Die strategischen Vorgaben und Leitplanken für den Verwaltungsrat sind in der Eignerstrategie festgelegt.

Zudem wurden Anpassungen im Bereich der Governance vorgenommen. Obwohl für die Axpo Holding als nicht börsenkotiertes Unternehmen gesetzlich nicht vorgeschrieben, wurden teilweise bewusst die strengeren Vorgaben für börsenkotierte Unternehmen übernommen. Die Anpassungen im Bereich der Governance umfassen unter anderem:

- die Einzelwahl der Mitglieder und des Präsidiums des Verwaltungsrats;
- eine Amtszeit- und Altersbeschränkung für Mitglieder des Verwaltungsrats;
- die Wahl des Präsidiums des Verwaltungsrats durch die Generalversammlung (heute wählt der Verwaltungsrat das Präsidium selbst);
- eine Anpassung bei der Genehmigung der Vergütungen von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung (die Genehmigung soll analog der Umsetzung bei börsenkotierten Unternehmen erfolgen).

9. Finanzielle Auswirkungen

Der Kanton Zug hält einen Anteil von 0,873 Prozent am Aktienkapital der Axpo Holding AG und ist damit der kleinste Aktionär. Der Anteil entspricht einem Nominalwert von 3,2 Millionen Franken. Die Beteiligung ist in der Bilanz des Kantons im Verwaltungsvermögen verbucht und bis auf den Erinnerungsfranken abgeschrieben. Aktuell werden keine Dividenden ausbezahlt.

Die Ablösung des NOK-Gründungsvertrags durch einen Aktionärbindungsvertrag hat keine finanziellen Auswirkungen, weder auf den Kanton noch auf die Zuger Gemeinden. Sie hat auch keine Anpassungen von Leistungsaufträgen zur Folge.

10. Zeitplan

31. Oktober 2019	Kantonsrat, Kommissionsbestellung
November/Dezember 2019	Kommissionssitzung
Januar 2020	Kommissionsbericht
27. Februar 2020	Kantonsrat, 1. Lesung
30. April 2020	Kantonsrat, 2. Lesung
Mai 2020	Publikation Amtsblatt
Juli 2020	Ablauf Referendumsfrist
1. Januar 2021	Inkrafttreten

11. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, auf die Vorlage Nr. 3011.2 - 16152 betreffend Ablösung des NOK-Gründungsvertrags durch einen Aktionärsbindungsvertrag der Aktionäre der Axpo Holding AG einzutreten und ihr zuzustimmen.

Zug, 17. September 2019

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Stephan Schleiss

Der Landschreiber: Tobias Moser